

Ehlers beklagt wachsende Unsicherheiten- Paetow sieht Landwirtschaft am Scheideweg

Die Landwirtschaft befindet sich nach Ansicht von DRV-Hauptgeschäftsführer Dr. Henning Ehlers wegen wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten in unruhigem Fahrwasser. So müsse sich der Agrarsektor mit verschärften Auflagen, einer wachsenden Einflussnahme des Lebensmitteleinzelhandels und den ungeklärten Fragen beim EU-Agrarhaushalt und der GAP-Reform auseinandersetzen. DLG-Präsident Hubertus Paetow sieht die Landwirtschaft sogar an einem Scheideweg, in der Produktionstechnik, in der Ökonomie und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Deshalb sei es an der Zeit, gemeinsam mit der Wissenschaft neu über die Ziele und den Fortschritt nachzudenken, offen und unvoreingenommen. Länderberichte 3 und 9

Berlin fordert gleiche Bedingungen auf dem EU-Zuckermarkt - Rübenbauern protestieren

Für einheitliche Bedingungen auf dem EU-Zuckermarkt hat sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bei einem Treffen mit der deutschen Zuckerwirtschaft ausgesprochen. Sie kritisierte die gekoppelten Zahlungen von bis zu 500 Euro/ha sowie die Notfallzulassungen von drei als bienengefährlich eingestuften Neonikotinoiden in zahlreichen anderen EU-Staaten. Letztere sind in Deutschland verboten. Derweil bringen Rübenbauern und Beschäftigte der hiesigen Zuckerwirtschaft ihren Unmut über die Wettbewerbsverzerrungen öffentlich zum Ausdruck. Verbandsvertreter warfen Berlin Versagen vor. Klöckner sieht indes die EU-Kommission in der Pflicht. EU-Nachrichten 1

Deutsche Produktion von Rind- und Schweinefleisch auf dem Rückzug

Die heimische Erzeugung von Rind- und Schweinefleisch wird 2019 laut einer aktuellen Prognose des Thünen-Instituts (TI) weiter zurückgehen. Bei den Schweinen erwarten die Experten einen Rückgang der Schlachtmenge im Vorjahresvergleich um rund 1,8 % auf 55,71 Millionen Tiere; bei unveränderten Schlachtgewichten soll die Nettoschweinefleischerzeugung ebenfalls um 1,8 % auf dann 5,26 Mio t abnehmen. Für Rindfleisch prognostiziert das TI eine noch stärkere Einschränkung: Die Erzeugung in den heimischen Schlachthöfen soll gegenüber 2018 um 2,3 % auf 1,09 Mio t und damit auf die geringste Menge seit der Wiedervereinigung sinken. Markt+Meinung 2

Politik nimmt Arten- schwund ins Visier

Der Artenschwund ist endgültig als zentrales Thema in der deutschen Politik angekommen. Mit ihrem „Aktionsprogramm Insektenschutz“, das sich in der Ressortabstimmung befindet, will Bundesumweltministerin Svenja Schulze hier eine „Trendumkehr“ erreichen. Als eine „wichtige Maßnahme“ des Programms, das noch vor der Sommerpause in das Kabinett eingebracht werden soll, führt das Umweltressort verbindliche Vorgaben durch ein Insektenschutzgesetz auf, mit dem Änderungen im Naturschutz-, Pflanzenschutz-, Dünge- und Wasserrecht verbunden wären. Dem Aktionsprogramm zufolge soll sich der Bund auf EU-Ebene für eine Verbesserung der Naturschutzfinanzierung insbesondere im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einsetzen. Dazu gehört eine Aufstockung der Mittel für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen in der Agrarlandschaft durch Beibehaltung der Mittelausstattung in der Zweiten Säule. Nach Auffassung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) ist beim Insektenschutz ein gesamtgesellschaftlicher Handlungsbedarf erforderlich. „Diese Aufgabe muss gemeinsam angegangen werden. Die Landwirte sind bereit, ihren Teil dazu beizutragen“, betonte DBV-Präsident Joachim Rukwied. Für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ zum Natur- und Artenschutz, der nicht nur die Landwirtschaft betrifft, sondern auch die Kommunen oder die Kirchen als größten Grundbesitzer mit einbezieht, hat sich unterdessen Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder ausgesprochen. Die Staatsregierung nehme das Volksbegehren Artenvielfalt sehr ernst. Derweil ist nun auch in Baden-Württemberg ein Volksbegehren zum Artenschutz geplant. Länderberichte 32 und 35